

MICHAEL SCHRODI

INFO-BRIEF IM APRIL 2023



SPD Soziale
Politik für
Dich.



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die einen reden, die anderen handeln – so ist das ja oft in der Politik. Zurzeit ist die Diskrepanz besonders deutlich. Denn in Berlin setzen wir Schritt für Schritt zentrale Vorhaben um, die im Koalitionsvertrag formuliert wurden, und meistern gleichzeitig eine der größten Herausforderungen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.

Zum Thema "handeln" möchte ich euch gleich einen neuen Mitarbeiter im Wahlkreisbüro vorstellen: Markus Pröll von der Schöngesinger SPD unterstützt das Team seit dem 1. März.

Der langjährige Gemeinderat ist seit kurzem Rentner und ich bin froh, dass er seine berufliche Erfahrung als ehemaliger Geschäftsbereichsleiter Strom und Wärmeezeugung bei den Stadtwerken Augsburg bei uns einbringen kann.



U-Ausschuss Warburg Bank: Der CDU/CSU geht es nicht um Erkenntnisgewinn, sondern nur um Stimmungsmache gegen Olaf Scholz

Bisweilen kommt es in Berlin vor, dass man mit Populismus konfrontiert wird, der einem unnötige Arbeit beschert. Die CDU/CSU-Fraktion will einen Untersuchungsausschuss zu den so genannten Cum-Ex-Steuer-gestaltungen anstrengen. Wie ich in meiner Rede im Bundestag deutlich machte, ist der Vorgang in Hamburg allerdings schon hinreichend beleuchtet, und zwar von einem Untersuchungsausschuss in Hamburgs Bürgerschaft, dem Ort, wo solch ein Ausschuss auch hingehört. Dort wurden seit über zweieinhalb bereits alle relevanten Zeugen befragt, alle Akten gesichtet, alle Fragen gestellt und auch längst beantwortet. Deshalb würde das Berliner Spotlicht auch noch auf die falsche

Bühne treffen: Der Bundestag ist schlicht nicht zuständig für die Hamburger Angelegenheiten. Aus diesem Grund wird die Affäre des amtierenden bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder um millionenschwere Maskendeals auch nicht durch den Bundestag, sondern von den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Landtagsfraktion untersucht.

Der CDU/CSU geht es einzig und allein darum, den damaligen Hamburger Bürgermeister und heutigen Bundeskanzler Olaf Scholz mit Dreck zu bewerfen und zu hoffen, dass irgendetwas hängenbleibt. Sollte dieser Ausschuss einberufen werden, werden wir herausarbeiten, was bereits im Hamburger Ausschuss festgestellt wurde.

"Es wurden bereits alle Fragen gestellt, alle relevanten Zeugen vernommen, alle Akten gesichtet!"



Aus der Münchner Staatskanzlei erreicht uns schon regelmäßig Schlechtredei und Desinformation. Ebenso aus unserem Wahlkreis Fürstenfeldbruck-Dachau. Dort hat sich bei verschiedenen Treffen der Eindruck verstärkt, dass die CSU alle in Bayern sehr nachhaltig gewachsenen Missstände auf eine Koalition abschieben will, die erst seit anderthalb Jahren gute Arbeit leisten kann. Die Oppositionsarbeit der Union erinnert mich bisweilen an kleine Kinder, die sich darüber beschweren, dass hinter ihnen immer noch niemand aufgeräumt hat.

Das Dachauer Landratsamt: Außenstelle der Staatskanzlei?

Das gilt auch für ein Thema, das vor allem im Landkreis Dachau zu viel Gesprächsstoff geführt hat. Der Umgang des Landratsamtes mit Geflüchteten zeugt schon seit Jahren von verantwortungslosem, gefühlskalem Gebaren. Aufgrund der besonderen politischen Lage – ein Großteil der Geflüchteten im vergangenen Jahr kam aus der Ukraine – wollen Landrat Stefan Löwl sowie einige CSU-Bürgermeister auch hier das Problem der Unterbringung auf Berlin abschieben.

Aus Gesprächen mit unseren SPD-Bürgermeistern und der stellvertretenden Landrätin weiß ich um die teils schwierige Situation. Gerade deshalb verbietet es sich, Politik auf dem Rücken geflüchteter Menschen zu machen und mit gnadenlosem Populismus zu versuchen, politischen Honig aus der Situation zu ziehen. Dabei ist klar: Verantwortlich für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten sind die Bundesländer.

Das gilt auch für die finanzielle Ausstattung unserer Städte und Gemeinden. Seit Jahren machen Markus Söder und seine Staatsregierung hier zu wenig. Doch am liebsten würde die CSU für die Unterbringung überhaupt nichts mehr zahlen. Unser Dachauer SPD-Landtagskandidat Hubert Böck hat recht: Statt auf Kosten der Steuerzahler zu einer Showveranstaltung nach Berlin zu reisen, sollten Löwl und Co. mit der S-Bahn zur Staatskanzlei pendeln und dort der zuständigen Staatsregierung die Meinung geigen.

So sieht jedenfalls keine konstruktive Politik aus, dahinter stecken rein destruktive Absichten.

Gut zu erkennen war das, als ein Asylhelfer in einer Pressemitteilung des Landratsamtes zitiert wurde, völlig aus dem Zusammenhang gerissen. Panikmache und Demotivation sind das heimliche Wahlprogramm der CSU. Landrat Löwl ist jemand, der dabei gerne vorangeht und von seinem Büro aus Politik der Staatskanzlei betreibt. Mein Appell lautet: Alle Beteiligten sollten in einer heiklen Angelegenheit wie der Flüchtlingspolitik dringend davon absehen, sich auf dem Rücken von Geflüchteten zu profilieren.

Behauptung: "Die vom Bund zugesagten 2,75 Milliarden Euro zur Unterstützung von Ländern und Kommunen für 2023 reichen nicht aus. Der Bund lässt die Kommunen im Stich."

Richtig ist: *Der Bund trägt bereits das Gros der Kosten für Geflüchtete. Länder und Kommunen sind zuständig für Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen. Aber die Kosten für Geflüchtete aus der Ukraine übernimmt der Bund fast vollständig, da sie Leistungen der Grundsicherung erhalten können. [...] Der Bund darf die Kommunen nicht direkt unterstützen. Er muss sich darauf verlassen, dass die Länder diese Mittel an die Kommunen weiterleiten. Darüber hinaus überlässt der Bund den Ländern und Kommunen Bundesliegenschaften mietzinsfrei, aktuell insgesamt 333 Liegenschaften mit fast 69.000 Unterbringungsplätzen. Er hat die Länder und Kommunen außerdem auf dem Wege der Amtshilfe unterstützt – zum Beispiel mit THW, Bundeswehr und Bundespolizei. Der Bund nimmt seine gesamtgesellschaftliche Verantwortung also umfassend wahr.*

Erinnerungsarbeit und Gedenken an NS-Opfer taugt nicht für Wahlkampf

Am 22. März wurde in der KZ-Gedenkstätte Dachau der Errichtung des ersten Konzentrationslagers vor 90 Jahren gedacht. Ich bin heute noch entsetzt darüber, dass Ministerpräsident Markus Söder und der Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten, Karl Freller (CSU), dieses Gedenken parteipolitisch instrumentalisierten. Jeder, der mich kennt, weiß: Die Gedenkstätte, ja, das Gedenken an die Gräueltaten der Nazizeit sind mir ein Herzensanliegen, sie sind der Grund, warum ich begann, mich politisch in der SPD zu engagieren. Dieses Gedenken sollte alle demokratisch gesinnten Menschen vereinen, nicht entzweien. Ich empfand deshalb diesen Wahlkampfauftritt als unwürdig und habe dies auch zum Ausdruck gebracht. Eines kann ich versichern: Ich werde alles dafür tun, dass die notwendigen Finanzmittel für die Sanierung der Gedenkstätte zur Verfügung stehen. Dazu muss aber der zuständige Freistaat ebenfalls seinen Beitrag leisten. Der Bund wird es tun.

[Hier die Berichterstattung zum Artikel in der SZ Dachau](#)



SUEDDEUTSCHE.DE

Dachau: Streit um Fördergelder eskaliert bei Gedenkveranstaltung

Eigentlich soll eine Ausstellung in der KZ-Gedenkstätte eröffnet werden, doch Söder thematisi...

Es ist freilich kein Zufall, dass viele der aktuell zentralen Themen zu einem bayerischen Thema werden – es herrscht eben Wahlkampf. Deshalb ist es in den kommenden Wochen und Monaten ganz besonders wichtig, klare Sicht zu behalten und sich nicht ablenken zu lassen. Unsere Politik steht für soziale Gerechtigkeit und für Weitsicht. Herr Söder wiederum legt eine Kurzsichtigkeit an den Tag, die zweistellig negative Dioptrien nahelegt. Was wirklich wichtig ist – für die Menschen, nicht für den Ministerpräsidenten – das ist durch seine Populismus-Brille gar nicht sichtbar.

Darauf aber legen wir den Fokus! Die ersten Monate des Jahres 2023 sind erfolgreiche Monate für die Sozialdemokratie! Warum sollten wir uns von einer schwachen, nervösen Opposition etwas anderes einreden lassen?!



Krankenhausreform: Besonnen planen und das Martinshorn auslassen

Es ist eigentlich eine Binsenweisheit, dass nur derjenige kritisieren sollte, der selbst seinen Verpflichtungen nachkommt. Das tut Bayern mit Blick auf die Krankenhausfinanzierung ganz und gar nicht. Hier mündet die eigene Stillstandspolitik ganz besonders dreist in eine Opferrolle: Berlin soll zahlen, zahlen, zahlen, Bayern aber ist da im Rückstand: Gerade einmal 60 Prozent des errechneten Investitionsvolumens der Krankenhäuser hat der Freistaat gezahlt. Den Rest für notwendige Investitionen müssen die Krankenhäuser selbst aufbringen, und diese Gelder fehlen dann für die eigentlichen Aufgaben.

Die Staatsregierung ist damit ein Treiber des Qualitätsverlustes und verschärft die Notwendigkeit von Reformen erst.

Eine Krankenhausreform ist höchst überfällig. Es gibt derzeit den ersten Entwurf einer Expertenkommission. In dieser sind viele richtige Punkte enthalten: Und nach den Planungen des Bundesgesundheitsministers bleiben die Länder auch weiterhin zuständig für die Krankenhausplanung. Die Finanzierung über Leistungs- und Mengenreize soll an Bedeutung



verlieren. Dazu wird die Finanzierung über Fallpauschalen, die teure Eingriffe anreizen, um eine fallmengenunabhängige Finanzierung ergänzt.

Es scheint oftmals jedoch wichtiger zu sein, Horrorszenarien zu entwerfen, wonach künftig Krankenwagen mit Schlaganfall-Patienten in einer Schlange vor einem Krankenhaus stehen, weil ein anderes Krankenhaus keine Schlaganfall-Patienten mehr annehmen dürfe. Doch Verantwortungslosigkeit, liebe Genossinnen und Genossen, ist ein schwarzer Peter, den wir uns nicht zuschieben lassen müssen.

Die neue Tarifzone für den Öffentlichen Nahverkehr.



SPD Fraktion im Bundestag

Für 49 Euro oder noch weniger durch Bayern

Anreize zu schaffen, um den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen – dabei handelt es sich bekanntlich um eine Win-win-Situation. Nach dem großen Erfolg des 9-Euro-Tickets, das vielen Menschen schönere Sommerferien bescherte, wagen wir mit dem 49-Euro-Ticket den Schritt in den Alltag: Für Pendlerinnen und Pendler wird der Arbeitsweg erheblich günstiger. Noch weniger kostet er, wenn Arbeitgeber das Jobticket unterstützen, denn dann sinkt die monatliche Belastung auf 34,30 Euro. Damit bekommt ihr, angesichts der aktuellen Preise an den Zapfsäulen, euren Autotank nicht einmal zur Hälfte voll. Das 49-Euro-Ticket ist also ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz und für weniger Stress auf verstopften Straßen.

Pfiati Atomkraft



Atomkraft ist nicht sicher, Atomkraft ist nicht sauber, Atomkraft ist nicht wirtschaftlich

Das Abschalten der letzten Atommeiler, unter anderem der Reaktor Isar II, ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur erfolgreichen Energiewende. Dass wir die Atomkraft noch nötig hätten, um den Übergang besser hinzubekommen, ist eine dieser Geschichten, die einfach nicht wahrer werden, je öfter sie erzählt werden. Atomkraft ist nicht sicher, Atomkraft ist nicht sauber, Atomkraft ist nicht wirtschaftlich – allein der gesunde Menschenverstand sagt einem, dass sie weg muss! Atomkraft war schon immer teuer und musste milliardenschwer subventioniert werden. Atomkraft hilft auch nicht, um der durch den Ukrainekrieg verschärften Energiekrise Herr zu werden. Übrigens wurden durch die leider notwendige Reaktivierung von Kohlekraftwerken keine Atomkraftwerke ersetzt, sondern unrentable Gaskraftwerke. Atomkraft war also in der Vergangenheit schon fragwürdig und in der Gegenwart nutzlos.

Unser Weckruf für die Regierung
Söder lautet: Der Ausbau von
Windkraft und Solarenergie hilft uns
durch die Krise und macht uns
unabhängig. Alle Kraft muss jetzt in
den massiven Ausbau der
Erneuerbaren fließen!

Wenn nun Markus Söder im Alleingang ein Atomkraftwerk weiter betreiben will, dann hält er an einer gestrigen, viel zu teuren Technologie fest. Seine Forderung, mal eben wieder einen bayerischen Meiler hochzufahren, wird begleitet von Ammenmärchen über Blackouts. Abgesehen davon, dass es rein rechtlich gar keinen bayerischen Alleingang in der Atomkraft geben kann: Hat Söder wenigstens daran gedacht, dann auch ein bayerisches Endlager zu beschaffen? Die CSU hat den Ausbau erneuerbarer Energien komplett verschlafen. Söder ist deshalb eine Gefahr für den Wirtschaftsstandort! Seine populistischen Aussagen sollen Zukunftsangst verbreiten. Mir scheint allmählich, dass der bayerische Ministerpräsident selbst Angst vor der Zukunft hat.

Wir verkleinern den Bundestag

Keine Überhang- und
Ausgleichsmandate mehr



feste Größe von

630

Abgeordneten

SPD Fraktion im
Bundestag

Ein neues Wahlrecht, und zwar mit Recht!

Ungerecht, ein Angriff auf die Demokratie – noch so eine Geschichte aus dem bayerischen Märchenwald. Eine lange angekündigte Reform wird in Bayern dafür genutzt, die altbackene Geschichte von den bayernfeindlichen Preußen auszupacken, die von Berlin aus maßregeln wollen. Und auch hier, wie so oft, die Drohung der Klage beim Bundesverfassungsgericht. Übrigens hat die CSU weder vor noch nach dem Beschluss vom 17. März ein einziges Argument angebracht, warum genau die Reform verfassungswidrig sein sollte. Sie hat nur laut geschrien.

Hier die Fakten: Die Wahlrechtsreform war notwendig, weil der Bundestag schrittweise immer größer wurde und die CSU über die Jahre alle Reformbemühungen blockierte. Nun haben wir in Paragraph 1 des Bundeswahlgesetzes eine Obergrenze von 630 Abgeordneten eingeführt, und dabei die Zahl der Wahlkreise

(299) beibehalten. Mit dieser Reform bekommt die Zweitstimme das Gewicht, das ihr gebührt. Um es mit dem renommierten Staatsrechts-Professor Christoph Schönberger zu sagen: Es ist nicht die Aufgabe des Wahlrechts, eine regionale Partei wie die CSU abzusichern. Dem Wahlrecht muss das egal sein. Zudem haben wir uns bei unserer Reform Vorgaben aus dem bayerischen Wahlrecht bedient: Auch hier ziehen Direktkandidat*innen, deren Partei nicht die 5 %-Hürde überspringt, nicht in den Bundestag ein. Forderungen nach einer Reform zur Reform, wie sie in unionsnahen Medien weiter lanciert werden, sehe ich gelassen entgegen.

Gute Gründe für die Kindergrundsicherung

Manchmal müssen wir unsere Koalitionspartner auch noch einmal darauf hinweisen, was im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Doch wir sind beim Thema Kindergrundsicherung auf einem guten Weg: Ende März wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet, das Gesetzgebungsverfahren wird nach der Sommerpause auf den Weg gebracht.

Zur Erinnerung: Der im Juli 2022 eingeführte, unbürokratische Sofortzuschlag für Kinder, der inflationsbereinigt im Januar noch einmal erhöht wurde, ist lediglich als Übergangslösung gedacht, denn es geht hier um viel mehr als nur Soforthilfen, es geht um eine strukturelle Veränderung. Jedes fünfte Kind in Deutschland wächst in Armut auf. Diesen Kindern für ihren Werdegang gleiche Chancen zu ermöglichen, ist eines der ganz zentralen Anliegen unserer Fraktion für diese Legislaturperiode. Deswegen werde ich mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Pläne nicht verwässern. Der Grundbetrag wird bei 250 Euro liegen und perspektivisch anwachsen. Der Zusatzbetrag wird die bisherigen Einzelförderungen zusammenfassen und so unbürokratisch ausbezahlt.



Liebe Genossinnen und Genossen,

der Genosse Müntefering hatte nicht immer recht, in einem aber schon: Opposition ist Mist. Das heißt aber nicht, dass man in Opposition nur Mist verbreiten sollte. Einer konstruktiven Opposition wird auch Gehör geschenkt. Wir sollten uns aber dringende Reformvorhaben nicht kaputtreden lassen, gar nicht von einer CDU und vor allem CSU, die über Jahrzehnte hinweg nur Reformstau produziert und unser Land in vielerlei Hinsicht abgehängt haben. Gerade deshalb ist es so wichtig, unseren Landtags- Spitzenkandidaten Florian von Brunn und unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Landtag und Bezirkstag in Dachau - Hubert Böck und Dennis Behrendt -, in Fürstenfeldbruck Ost - Daniel Liebetruh und Martin Eberl -, und Landsberg/Fürstenfeldbruck West - Amir Sahuric und Tina Jäger - zu unterstützen. Gelegenheiten gibt es dazu sicher mehrere. Eine davon am 20.5:



TERMIN

Politischer Frühschoppen auf dem **Indersdorfer Volksfest** am

20. Mai um 11.30 Uhr - Einlass ab 11 Uhr

mit dem Spitzenkandidaten der Bayern SPD, **Florian von Brunn**, und den Kandidaten im Landkreis Dachau für Land- und Bezirkstag, **Hubert Böck** und **Dennis Behrendt**.

Girls Day der SPD Bundestagsfraktion



Per Jacob Blut/Framerei

Diese Woche hatten wir eine Schülerin aus Mammendorf bei uns zu Gast. Anna Stoll durfte zwei Tage gemeinsam mit 60 anderen Schülerinnen das politische Berlin erleben. Interessierte Fragen und Ansichten von jungen Menschen sind immer wieder eine Bereicherung!

Und noch zum Schluss: Angehängt findet ihr die FAQ zum neuen Gebäude-Energie-Gesetz, das derzeit vielerorts diskutiert wird.

Ich wünsche euch schon heute einen guten 1. Mai.

Freundschaftliche Grüße

Michael Schrodli, MdB, Wahlkreisbüro, Ilzweg 1, 82140 Olching,
Telefon: 08142 5010589 Mail: michael.schrodli.wk@bundestag.de



SPD Soziale Politik für Dich.